

Aarau, 19.05.2019

Nach unnötiger Abstimmung muss eine neue Vorlage ausgearbeitet werden

Schuldenbremse: Zweite Chance für den Einwohnerrat

Mit der Zustimmung der Vorlage «Nachhaltiger Finanzhaushalt» durch die Aarauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist das Thema «Schuldenbremse» noch nicht vom Tisch. Vielmehr ist der Einwohnerrat nun in der Pflicht, eine der Initiative von 2016 entsprechende Vorlage auszuarbeiten und der Aarauer Bevölkerung zum Entscheid zu unterbreiten, wie es die Verfassung verlangt. Die FDP.Die Liberalen Aarau begrüßen zudem Stimmrechtsbeschwerden dazu. Damit kann nun der Aargauer Regierungsrat und Gerichte darüber befinden, ob die Rechte der Aarauer Stimmbevölkerung gewahrt wurden.

Die Aarauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die bis zur Nutzlosigkeit verwässerte Volksinitiative zur «Schuldenbremse» im Urnengang vom 19. Mai 2019 angenommen. Dieses Resultat entspricht nicht der Abstimmungsempfehlung der FDP, denn es ist sinnlos, eine nichtssagende Bestimmung in der Gemeindeordnung zu verankern und so das Regelwerk unnötig aufzublähen.

Erfreulich ist jedoch, dass die Mehrheit der Bevölkerung einen nachhaltigen Umgang mit den städtischen Finanzen verlangt. So wie es die Volksinitiative «Schuldenbremse zur Sicherung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts der Stadt Aarau» der FDP, mit Unterstützung der CVP, beabsichtigt hatte. Eine Schuldenbremse ist ein Instrument, das sich auf nationaler und kantonaler Ebene seit geraumer Zeit bewährt. Sie macht den Staat auch für die Zukunft handlungsfähig und verhindert Schulden auf Kosten der nächsten Generation.

Mit der heutigen Annahme ist das Thema nicht vom Tisch. «Nun ist der Weg frei, dass der Einwohnerrat seiner demokratischen Pflicht nachkommt und eine Vorlage ausarbeitet, welche den Vorgaben der Initiative entspricht. Diese wurde immerhin von fast 1500 Aarauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterzeichnet», so Martina Suter, Co-Präsidentin der FDP Aarau und Mitinitiantin der Initiative.

Trotz Annahme kann das dazugehörige Reglement durch den Aarauer Einwohnerrat nicht ausgearbeitet und für gültig erklärt werden. Denn dafür fehlt die verfassungsrechtliche Basis. Es dürfen nicht alle relevanten Bestimmungen in ein Reglement delegiert werden. Martina Suter: «Spätere Änderungen auf Ebene Gemeindeordnung bedürfen einer obligatorischen Volksabstimmung, das Reglement würde jedoch nur dem fakultativen Referendum unterliegen. Dadurch könnte der Einwohnerrat das Reglement jederzeit eigenmächtig wieder abändern.»

Stimmrechtsbeschwerde wird eingereicht

Anscheinend sind schon oder werden Stimmrechtsbeschwerden eingereicht. Damit ist es am Aargauer Regierungsrat und den Gerichten zu entscheiden, ob der Aarauer Einwohnerrat seine

Pflicht erfüllt hat, oder nicht. Mit diesen Verfahren wird Zeit gewonnen und eine Klärung erreicht, damit der Einwohnerrat eine zweite Chance erhält, eine der Initiative entsprechende Vorlage über eine echte Schuldenbremse auszuarbeiten.

Heute besteht ein allgemeines Verständnis über das Wesen der Schuldenbremse. Dieses Verständnis knüpft hauptsächlich bei der Schuldenbremse des Bundes an. Sie will vorab strukturelle Ungleichgewichte vermeiden und eine antizyklische Fiskalpolitik, je nach den Schwankungen vorab der Konjunktur, gewährleisten. Eine Schuldenbremse (nach dem Vorbild des Bundes) baut auf einem Konzept mit klaren Instrumenten und Zielen, auf einer umfassenden Haushaltordnung, auf einem „Paket“, mit zusammenhängenden Elementen auf. In Aarau soll die Schuldenbremse auf den strategischen Finanzziele der Stadt (Zieldreieck "gesunder Stadthaushalt – gutes Leistungsangebot – attraktive Steuerbelastung") aufbauen und sicherstellen, dass diese erreicht werden.

Demokratisches Trauerspiel

Zur Erinnerung: Der Einwohnerrat Aarau hat in seiner Sitzung vom 25. März 2019 seine Kompetenzen missbraucht und den Willen der Aarauer Bevölkerung krass missachtet. Damals wurde der stadträtliche Vorschlag zur Schuldenbremse von Mitte/Links im Einwohnerrat mit einer Stimme Unterschied «versenkt» und bewusst durch eine letztlich nichtssagende Formulierung ersetzt. Dies geschah wohl aus Angst vor der Annahme einer echten Schuldenbremse durch die Aarauer Bevölkerung.

Yannick Berner, Fraktionspräsident der FDP: «Das Vorgehen ist umso stossender, als der Einwohnerrat durchaus die Möglichkeit gehabt hätte, einfach Nein zu sagen zum Vorschlag des Stadtrates, der den Vorgaben der Initiative grösstenteils entsprach. Dann wäre am 19. Mai über diesen abgestimmt worden. Über einen Vorschlag, notabene, der in einem demokratischen Prozess, unter Einbezug der Parteien, ausgearbeitet wurde.»

Kontakt:

Martina Suter, Vize-Präsidentin, m.m.suter@bluewin.ch, 079 377 81 12

Yannick Berner, Fraktionspräsident, yannick.berner@hispeed.ch, 079 533 38 65